

Ur. 736

Robert Neuhauser
Stadtrat Bayernpartei



An den Stadtrat der Stadt Landshut

18.06.2018

A handwritten signature in blue ink, appearing to be "A.P.", located below the date.

Antrag:

Die Verwaltung berichtet dem Stadtrat über zukünftige politische Veranstaltungen im öffentlichen Raum, im Stadtgebiet der Stadt Landshut vor allem wenn Gegendemonstrationen, angemeldet bzw. zu erwarten sind.

Welche Präventionsmaßnahmen werden getroffen bzgl. Polizeiaufgebot, Absperrungen, Lärmschutz, Sicherheit der Bürger, geschäftsschädigender Einflüsse umliegender Gastronomie?

Begründung:

Die Landtagswahlen 2018 stehen vor der Tür. Es sind diverse Veranstaltungen in der Innenstadt Landshut zu erwarten.

Wie geschehen am Sonntag, 17.06.2018 ab 11.00 Uhr vor dem Rathaus durch eine angemeldete AfD-Veranstaltung (siehe auch Pressebericht in der Landshuter Zeitung v. 13.06.2018). Trotz massiven Polizeiaufgebot wurde die Veranstaltung von Gegenprotesten durch Trillerpfeifen und „Nazi-Raus-Rufe“, sogar Rangeleien, massiv gestört. Die Situation war im Vergleich zur Veranstaltung 2017 vor der Martinskirche zwar wesentlich besser, warum die Randalierer trotz Absperrgitter direkt vor der Bühne ihr Unwesen treiben konnten und die Polizei dies auch noch duldet, sollte geklärt werden.

Es kann nicht sein, dass friedliche Besucher, die in unsere schöne Stadt zum Einkaufen, Kaffee trinken, Verweilen, kommen, durch solche Szenarien abgeschreckt werden.

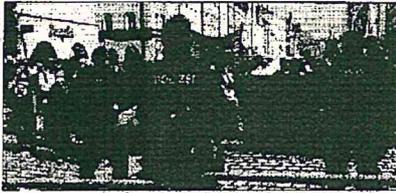
gez.
Robert Neuhauser

MITTWOCH, 13. JUNI 2018

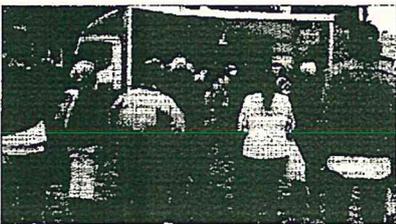
STADT LANDSHUT 29

AfD lädt vors Rathaus – Proteste geplant

Auch Beatrix von Storch hat ihr Kommen für Sonntag angekündigt – Polizei bereitet sich vor



Ziemlich unversöhnlich stehen sich im vergangenen Jahr die Gegendemonstranten ...



... und die AfD-Anhänger gegenüber. Foto: ... Z-Archiv/rüd

Von Emanuel Socher-Jukić

Am Sonntag könnte es in Landshuts Altstadt recht unruhig werden. Die AfD hat vor dem Rathaus eine Kundgebung anlässlich der Landtagswahl angemeldet – mit prominenter Unterstützung aus Berlin: die stellvertretende Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion Beatrix von Storch hat ihren Besuch angekündigt.

Die Polizei bereitet sich auf einen größeren Einsatz vor, denn es soll Gegenproteste geben. So plant die DGB-Jugend unter dem Motto „AfD stoppen“ offenbar eine Kundgebung am Ländtor. Nach Angaben des Ordnungsamtsleiters Fritz van Bracht habe bisher nur die AfD eine Kundgebung angemeldet. „Falls die Gegner etwas anmelden, dann wird das nur mit einem bestimmten Abstand genehmigt“, so van Bracht. Damit bezieht er sich auch auf die Erfahrungen aus dem vergangenen Jahr. Im Sommer 2017 veranstaltete die AfD im Bundestagswahlkampf schon mal eine Kundgebung – damals vor der Martinskirche. Weil Anti-AfD-Demonstranten mit Trillerpfeifen die Kundgebung massiv gestört hatten, waren die Redner der AfD kaum noch zu hören. Das wurde im Nachhinein (nicht nur) von der AfD kritisiert, weil man das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Versammlungsrecht gestört sah. Mit Blick auf eventuelle Störer am Sonntag stellte van Bracht gestern klar: „Wenn die Gegenveranstaltung nur das Ziel hat, zu stören, dann ist diese nicht vom Grundgesetz geschützt.“

Auch das Einsatzkonzept der Polizei, die Gegendemonstranten relativ nah an die AfD-Kundgebung heranließ, war Gegenstand der Kritik. Polizeisprecher Stefan Scheibenzuber sagte gestern, dass man Absperrgitter errichten werde, um die beiden Lager räumlich voneinander zu trennen. Eventuell soll das abgesperrte Areal vergrößert werden. Für Sonntag habe man zudem Unterstützungskräfte der Bereitschaftspolizei angefordert. Gleichzeitig suche man im Vorfeld jetzt das Gespräch mit Stadt und Veranstaltern.

Der Landshuter AfD-Landtagskandidat Günter Straßberger rechnet nach eigenen Worten „hundertprozentig“ mit Gegenprotesten. „Ich hoffe nur, dass der Zugang zu unserer Kundgebung dieses Jahr freigehalten wird.“ Im vergangenen Jahr war der Weg zur AfD-Kundgebung durch Gegendemonstranten teils versperrt. Beatrix von Storch bezeichnet Straßberger als „interessante Frau, die für uns erstmal positiv ist“. Jemanden wie Björn Höcke, den Vorsitzenden des Thüringer Landesverbandes, hätte er nicht gewollt. „Der ist mir zu rechts.“ Von Storch verortete Straßberger als Mitte-Rechts innerhalb der AfD. Straßberger zufolge kommt sie mit mehreren Sicherheitsleuten, da es mehrfach Morddrohungen gegen sie gegeben habe. Neben von Storch und anderen stehen auch der Landesvorsitzende Martin Sichert und Straßberger selbst auf der Rednerliste. Dass die Kundgebung wie im vergangenen Jahr am 17. Juni, dem ehemaligen Tag der Deutschen Einheit, stattfindet, ist laut Straßberger kein Zufall. Man habe sich diesen Tag im vergangenen Jahr ausgesucht und fand das passend – deshalb wiederhole man das dieses Jahr wieder.